Zu Punkt der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt NMS am 13.06.2017

StPr in 1 Oban (1StR 1STR DONFLING /STR Kubinu 132 1307.10.1

Ratsherr Mark Proch, NPD

Postfach 2326

24519 Neumünster

0370/2013/14

Die Stadtpräsidentin Neues Rathaus Großflecken 59 24534 Neumünster ab 29.5.17 E.295,17 Gen 25.05.17. 175,05.17

Antrag zur Ratsversammlung

Betreff: Änderung der Marktgebührensatzung

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 13.06.17

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung Neumünster wird beauftragt, einen entsprechenden Satzungsentwurf der "Marktgebührensatzung für das Stadtgebiet von Neumünster", der folgende Dinge berücksichtigt, zur Beschlußfassung vorzulegen:

§1 (1) ist zu ergänzen:

"(…) Sollte der ursprüngliche Standort durch andere Veranstaltungen oder Bauarbeiten vorübergehend nicht zur Verfügung gestehen, erhalten die Marktbetreiben einen ermäßigten Gebührentarif für eine Ausweichfläche."

In der Anlage "Gebührentarif" ist in der Rubrik Wochenmärkten ein ermäßigter Tarif für Ausweichflächen mit aufzunehmen, der wie folgt lautet: "c) vorübergehende Ausweichflächen 0,30 Euro"

Unter a) ist dafür folgender Halbsatz zu streichen: "(…) oder Ausweichflächen in der Innenstadt"

Begründung:

Der Wochenmarkt in der Stadt Neumünster hat eine lange Tradition. Er dient nicht nur dem Verkauf von Waren, sondern belebt das Stadtbild in der Innenstadt. Durch Bauarbeiten ist der Wochenmarkt vermutlich vorerst bis zum Ende des Jahres auf eine Ausweichfläche auf dem Kleinflecken verlegt worden. Sollte die Sanierungsarbeiten auf dem Großflecken beginnen, drohen erneute Verlegungen.

Die Marktbetreiben klagen am Ausweichstandort über hohe Umsatzeinbußen. Von bis zu 80% weniger Einnahmen ist in einem Zeitungsartikel des Holsteinischen Couriers vom 1. April 2017 zu lesen. "Die Stadt wird es schaffen, und den Wochenmarkt irgendwann ganz vernichten", so ein Marktbetreiben gegenüber der Zeitung.

Bei dieser Aussage sollten bei der Stadt die Alarmglocken läuten. Eine Reduzierung der Standgebühren ist zwar nur eine verhältnismäßig geringe finanzielle Entlastung der Marktbetreiber, aber ein starkes Signal und ein Bekenntnis der Stadt für den langfristigen Erhalt des Wochenmarktes.

Ratsherr Mark Proch (NPD)